





Dr. Edmund Peter Geisen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 78 145

 (030) 227 – 76 145

 edmund.geisen@bundestag.de

Neujahrsempfang am 10.01.2009

**Rede
des Abgeordneten
Dr. Edmund Geisen (FDP)**

Unsere ländliche Heimat in der globalisierten Welt

Sperrfrist: Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede

ganz herzlich möchte ich mich für die Einladung bedanken, hier und heute die traditionelle Neujahrsrede halten zu dürfen. Das freut mich sehr und ist mir eine große Ehre.

Anrede

Wo stehen wir heute, wo wollen wir hin? Bevor wir einen Blick auf das neue Jahr werfen, lassen Sie uns kurz auf das Alte zurückblicken.

Mit welcher Euphorie und Begeisterung sind wir hier an dieser Stelle in das Jahr 2008 gegangen!

Der Aufschwung war da, die Arbeitslosenzahlen sanken immer weiter und die ländlichen Räume erfuhren eine Aufwertung in Politik und Gesellschaft. Selbst Landwirtschaft war wieder „in“: Der Bioenergie-Boom versprach neue Einnahmequellen für die Landwirte, Nahrungsmittel waren aufgrund der rasant gestiegenen Weltmarktnachfrage wieder etwas wert und die Milchbauern erzielten kostendeckende Preise. Die Rohstoffbörsen zogen weltweit Anleger an, die auf schnelle Rendite spekulierten.

Die Landwirtschaft galt nicht länger als Teil einer Wirtschaftsstruktur, von der sich die Industriegesellschaft allmählich verabschiedet: Im Gegenteil - Deutschland und andere Industrienationen sahen sich vor einer „Revolution auf dem Acker“, welche die Landwirtschaft in die Mitte des globalen Innovations- und Wirtschaftsgeschehens katapultierte.

Gerade sie profitierte von neuen globalen Absatzmärkten. Viele sprachen von einer Renaissance des ländlichen Raumes.

Und jetzt? Überrascht durch die Komplexität der Verflechtungen globaler Finanzströme, die anscheinend keiner mehr so richtig zu durchschauen vermag, macht sich Ernüchterung bis Entsetzen breit. Da wurde gezockt, betrogen, gefälscht, hinterzogen und abkassiert, in einem Maße, das sich wohl kaum einer vorstellen konnte – auch, weil fast alles nur elektronisch und damit virtuell abgewickelt wurde.

Die Folgen allerdings sind wieder höchst real: Aus der Finanzkrise wird eine handfeste Wirtschaftskrise. Und diese kommt damit aus der virtuellen Welt leider in der Realwirtschaft wieder an. Auch wenn wir als FDP bisweilen als Weltuntergangspropheten kritisiert werden – ein wirtschaftlicher Abschwung von drei Prozent würde uns in die schwerste Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik stürzen.

Anrede

Verwundert reiben wir uns die Augen und fragen: Wie konnte das geschehen? Wie um aller Welt können geplatzte Immobilienkredite in den USA hierzulande die schwerste Wirtschaftskrise seit 1949 auslösen? Ist die Globalisierung mit ihren liberalisierten Märkten an allem schuld? Oder war es doch eher Staatsversagen statt Marktversagen?

Ich denke, hier hat in Deutschland und Europa zuerst die staatliche Finanzmarktaufsicht versagt. Und es waren staatliche Banken, die - mit unseren Steuergeldern gespeist - als erste vor dem Untergang gerettet werden mussten – erneut mit unseren Steuergeldern.

Nach diesen Erfahrungen muss die Devise lauten:

- bessere Kontrollmechanismen und Korrekturen an den Finanzmarktstrukturen: Ja!
- noch mehr staatliche Einflussnahme: Nein!

Diejenigen, die gesetzgeberisch gegen Fehltritte vorgehen wollen, werden am Ende nur erreichen, dass niemand mehr einen Schritt tut. Wer Versagen verbieten will, wird am Ende die Entscheidungsfreiheit einschränken.

Wir Liberale stehen zu dem Prinzip Freiheit zur Verantwortung. Wir setzen auf den mündigen Bürger, der Verantwortung für sein Handeln übernimmt.

Wir muten den Bürgern mehr zu, weil wir ihnen mehr zutrauen.

Den Bürgern bietet die Globalisierung weltweit mehr Chancen als Risiken – gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich.

Anrede

Sehen wir uns einmal um! Wodurch ist die Welt geprägt? Was sind die Bestimmungsfaktoren unserer Zeit? Ich denke da an vier:

- technischer Fortschritt
- demographische Entwicklung
- Klimaschutz und
- Globalisierung.

1. Da ist zunächst einmal der technische Fortschritt.

Eine Welt ohne Handys, ohne PC und Internet ist heutzutage kaum mehr vorstellbar. Und ständig wird die Entwicklung schnelllebig: Das Faxgerät, gerade einmal seit 20 Jahren im alltäglichen Gebrauch, ist schon fast wieder überholt. Die noch jüngere CD wird mehr und mehr durch Musikdownloads ersetzt. Und wer erinnert sich heute noch an den erbitterten Streit zwischen VHS- und Betacam-Formaten bei Videokassetten? Inzwischen gelten Videorekorder auch schon längst als veraltet.

Technischer Fortschritt bedeutet: Die Welt ist kleiner geworden – wenn auch nicht räumlich, so aber auf alle Fälle zeitlich! Ob wir wollen oder nicht: durch die modernen Kommunikationsmittel leben wir alle längst im globalen Dorf. Grenzen spielen im World Wide Web kaum noch eine Rolle. Protektionismus und Autarkie – wie gerne - gerade auch in der Landwirtschaft - gefordert - haben schon deshalb kaum eine Chance.

2. die demographische Entwicklung

Bis zum Jahr 2050 wird die Zahl der Menschen auf dieser Erde von heute sechs auf dann neun Milliarden Menschen anwachsen. Da gleichzeitig der Lebensstandard in einigen Schwellenländern steigen wird, wird die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Energie extrem zunehmen. Die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft FAO geht davon aus, dass allein die weltweite Nahrungsmittelproduktion bis dahin nahezu verdoppelt werden müsste. Die Biomasseproduktion zur Energiegewinnung ist dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Auch der Hunger in der Welt ist längst nicht mehr nur ein reines Verteilungsproblem, sondern inzwischen ein Produktionsproblem.

Vor diesem Hintergrund ist verständlich, warum die Landwirtschaft auf jeden Fall eine Schlüsselrolle im 21. Jahrhundert einnehmen wird.

Anrede

die Energiegewinnung ist eng damit verwoben. Aufstieg und Fall von Nationen, Wohlstand und Sicherheit, sie hängen damit zusammen, wie wir Energie angesichts dieser demographischen Entwicklung zukunftsfähig sichern. Das gilt für unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, das gilt für eine lebenswerte Umwelt und das gilt für unsere außenpolitische Unabhängigkeit.

3. Zum Klimaschutz

Das jüngst von der EU verabschiedete Energie- und Klimapaket hat uns wieder vor Augen geführt, welche Bedeutung dem Klimaschutz beigemessen wird. Ich spreche in diesem Zusammenhang ausdrücklich nicht von „Klimawandel“, da dieser Begriff in meinen Augen eine Tautologie darstellt: „Klima“ ist immer auch „Wandel“. Ganze Industrien müssen sich umstellen, neue Technologien sind zu entwickeln – kurz, Produktions- und Verbrauchskosten werden einem tiefgreifendem Wandel unterzogen.

Die Politik hat sich die Meinung des UN-Klimarats zu Eigen gemacht, demzufolge ein weltweiter Temperaturanstieg eine anthropogene, d.h. von uns Menschen gemachte, Ursache hat – die CO₂-Emissionen. Mit den entsprechenden Folgen...

Von der EU wurde die Devise ausgegeben, sowohl Strategien zur Verringerung als auch zur Anpassung an das veränderte Klima zu entwickeln. Wie sie wissen, wurde das zur Chefsache und unsere Bundeskanzlerin zur Klimakanzlerin.

Sie merken an meiner Wortwahl schon, dass ich zu diesem Thema eine etwas kritische Haltung einnehme – verstehen Sie mich aber bitte nicht falsch: Unabhängig davon, ob und welche Ursachen die veränderten klimatischen Bedingungen haben, gilt es, Umwelt und Klima weitestgehend zu schützen. Sie sind Grundlage unseres Lebens und damit einer der Bestimmungsfaktoren unserer Zeit.

Anrede

Der vierte und letzte Bestimmungsfaktor der Zukunft ist in meinen Augen

4. die Globalisierung

Oft und gerne wird die Globalisierung als Bedrohung empfunden. Sie muss für alles Übel dieser Welt herhalten – Hunger, Armut in der Dritten Welt, Dumpinglöhne hierzulande, Billigfabrikate, Gesundheitsgefährdung, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit usw., usw. Selbst am aktuellen Milchpreis sei sie mit schuld - übersehen wird dabei gerne, welche Chancen sie uns eröffnet!

Viele bei uns in Europa glauben, die Finanzkrise sei der Beleg dafür, dass die Globalisierung der Freiheit und dem Wohlstand schade. Ich bin der gegenteiligen Auffassung.

Unser Parteivorsitzender Dr. Guido Westerwelle hat dies in seiner Rede zum 60-jährigen FDP-Jubiläum in Heppenheim an der Bergsstraße sehr gut beschrieben: Globalisierung hat ihre Triebkräfte im Wunsch nach Freiheit und Wohlstand. Sie ist im Wesentlichen getrieben von jungen Gesellschaften. Von Indien, von China, von Brasilien, die inzwischen alle über eine wohlhabende Mittelschicht verfügen - sowie vom Aufstieg der mittel- und osteuropäischen Gesellschaften.

Dort kam das weltwirtschaftliche Wachstum her, das auch bei uns in Deutschland in den letzten Jahren mehr Wohlstand gebracht hat.

Anrede

Viele verstehen Globalisierung nur als einen beschleunigten Austausch von Gütern und Dienstleistungen. Ich verstehe unter Globalisierung aber auch eine Verbreitung von Werten. Die Mittelschicht in den Schwellenländern ist der beste Beleg dafür. Westerwelle erinnerte in seiner Rede an die Geschichte: Es war immer so, dass sich zuerst Wohlstand ausbreitete, dann mehr Bildung möglich wurde und am Ende politische Partizipation eingefordert wurde. Das galt für die Überwindung des Absolutismus in Europa, das kann auch China verändern. Freiheit und Demokratie, sie können zum Exportschlager der Globalisierung werden.

Deutschland hat auch wirtschaftlich alle Chancen in der Globalisierung. Die neuen Schwellenländer sind nämlich nicht nur zuerst Konkurrenten, sie sind auch und gerade Kunden. Dafür brauchen wir aber offene Märkte. Als Exportweltmeister profitieren wir wie kein anderer davon.

Anrede

Alle vier von mir genannten Bestimmungsfaktoren sind so eng miteinander verwoben, dass sie weltweite Gültigkeit besitzen. Auf die beiden Schlüsselthemen der Zukunft, die Nahrungsmittel- und Energieversorgung, üben sie entscheidenden Einfluss aus -sowohl hier in Bitburg wie in Burundi.

Ich glaube - wie unser Parteivorsitzender -, dass diejenigen Gesellschaften in der Globalisierung gewinnen werden, die auf die Kraft der Bürgerinnen und Bürger setzen. Die Macht der großen Organisationen und des Bürokratiestaates lässt nach. Die Zeit der Bürgergesellschaft, sie kommt gerade in der Globalisierung.

Das klingt zunächst einmal befremdlich in der Zeit großer Konjunkturprogramme. Aber die Freiheit zur Verantwortung, das ist mehr als Mode und mehr als Zeitgeist. Das ist eine Haltung zum Leben, das ist eine Haltung zu unserem Land.

Und das, meine Damen und Herren, ist vor allem auch die Haltung im ländlichen Raum. Hier existieren die Bürgergesellschaften noch, hier kann man noch von intakter Gesellschaft sprechen, hier übernehmen die Bürgerinnen und Bürger Verantwortung und zeigen Mitmenschlichkeit – kurz, die ländlichen Räume sind das Rückgrat unserer Gesellschaft.

Von daher gilt es – gerade in so krisenhaften Zeiten wie heute – sich auf dieses Rückgrat, auf die Stabilität der ländlichen Räume zurück zu besinnen. Das heißt auch, sich auf Heimat zurück zu besinnen, mit all ihren kulturellen und gesellschaftlichen Werten, ja mit all ihren Reichtümern.

Anrede

„Aus der Heimat für die Heimat“ – mit diesem Wahlmotto mache ich seit zehn Jahren Wahlkampf – recht erfolgreich wie ich meine. Anfangs aufgrund der Wortwahl häufig belächelt, so macht sich auch in FDP-Kreisen inzwischen ein Bewusstseinswandel bemerkbar: So bemerkte jüngstens unser liberaler Hoffnungsträger aus Niedersachsen, Philipp Rösler, - gerade zum Wirtschaftsminister ernannt - in einer Rede: „In Zeiten der Globalisierung brauchen Menschen feste Standpunkte wie Heimat. Heimat ist ein Teil der neuen Bürgerlichkeit, für die wir uns nicht schämen müssen.“

Aber was ist denn eigentlich Heimat? Und warum weckt dieser Begriff so starke Gefühle in uns allen?

Der Dichter und Philosoph Johann Gottfried von Herder sagt „Heimat ist da, wo man sich nicht erklären muss“. Und der russische Schriftsteller Fjodor Dostojewski ergänzt: „Ohne Heimat sein heißt leiden.“ Arthur Schnitzler definiert den Begriff aus seinem zeitgeschichtlichen Kontext: „Ich liebe mein Vaterland, nicht weil es mein Vaterland ist, sondern weil ich es schön finde. Ich habe Heimatgefühl, aber keinen Patriotismus.“ Kurt Beck schöpft daraus seine Energie: „Meine Heimat gibt mir Kraft – egal für welche Aufgabe“, sagt er 2007 in einem Stern-Interview. Und der Sänger Herbert Grönemeyer widmet dem Begriff 1999 sogar ein ganzes Lied. Für ihn ist Heimat kein Ort. Heimat ist ein Gefühl.

Mir persönlich gefällt die Definition von Philipp Rösler am besten, da sie die verschiedenen Elemente schön verbindet: „Heimat ist ein Ort, der durch Erinnerungen zu einem Gefühl geworden ist.“

Anrede

Sie sehen, der Begriff Heimat hat wieder Gewicht. Je schärfer das Tempo der Modernisierungen, je glatter die Anpassungen, je globaler und vernetzter die letzten Winkel der Welt – desto wichtiger seine Bedeutung.

Heimat ist längst kein Stammtisch-Begriff mehr. Nationalsozialistisch korrumpiert und im 20. Jahrhundert, dem Jahrhundert der Vertreibungen, beschädigt, kehrt Heimat aus dem Exil zurück. Heimat verheißt einen Fixpunkt in einer ortlosen und kulturell obdachlosen Gesellschaft.

Doch schließt nicht jede Vorstellung von Heimat notwendigerweise alle Fremden aus? Nein, denn wie der Frankfurter Religionsphilosoph Jörg Splett ausführt: „Wir sind verpflichtet, uns ein Heim zu schaffen – gerade, um Fremde aufnehmen zu können.“ Das heißt positiv formuliert: Je stärker die Heimatbindung, desto größer auch die Bereitschaft, in die Welt hinauszugehen. Heimat und Nation sind ein Gefühl, wie Rösler sagt. Je mehr wir uns dessen bewusst werden, desto besser können wir damit umgehen. Und dann fällt es uns auch leichter, ausländische Mitbürger zu integrieren.

Anrede

Ich bin der festen Überzeugung: Heimat hat Zukunft. Heimat hat Zukunft, weil sie ein emotionaler Bestandteil aller Menschen ist. Heimat hat Zukunft, weil sie uns Menschen als Fixpunkt des Denkens dient. Gerade deshalb ist es für mich als Politiker so wichtig, Politik für die Heimat zu machen. Aber was genau bedeutet das im Einzelnen?

Das bedeutet zum Beispiel das Ehrenamt zu fördern, Vereine zu fördern. Das bedeutet, Anreize zu schaffen, dezentral zu organisieren. Das bedeutet, bürgernahe Politik zu machen, Politik mit den Bürgern.

Kurz – das bedeutet, Identifikation zu bewahren.

Die Bürgerinnen und Bürger identifizieren sich mit ihrem Dorf, mit ihrer Stadt, sie identifizieren sich mit ihrem Kreis und sie identifizieren sich mit ihrem Bundesland oder Land.

Anrede

Unsere ländlichen Räume haben mehr Zukunftschancen als je zuvor. Unsere neue Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner hat dies kürzlich treffend beschrieben. Sie bezeichnete die Kreativität und den Fleiß der Bürgerinnen und Bürger in ländlichen Räumen als „Rohstoff des 21. Jahrhunderts“.

Diesen „Rohstoff des 21. Jahrhunderts“ zu veredeln funktioniert aber nicht mit Planwirtschaft, das funktioniert nur in Freiheit. Das „funktioniert“:

- mit Anerkennung der gesamtgesellschaftlichen Vorteile
- mit nachhaltigen Investitionsanreizen
- mit Angeboten für Jugend und Familien
- mit attraktiven Arbeitsplätzen
- mit einer guten Infrastruktur
- mit einer funktionierenden Landwirtschaft -
eben mit prosperierenden, attraktiven ländlichen Räumen!

Und so öffentlichkeitswirksam eine Plakat-Aktion für ländliche Räume auch sein mag – Ministerin Aigner hat eine solche gerade vorgestellt:

- Solange die von mir aufgezählten politischen Rahmenbedingungen nicht verbessert werden,
- solange die ländlichen Räume von der Politik immer zugunsten der Ballungszentren vernachlässigt werden,
- solange Landwirtschaft immer noch als ewig gestrige Branche behandelt wird, die am Subventionstropf hängt –

solange ändern auch wohlklingende Plakate und Sonntagsreden nichts an der Situation. „Taten statt Worte“ muss hier die Devise lauten – davon war allerdings auf Bundesebene bislang nicht genug zu spüren.

Immerhin leben zwei Drittel aller Menschen in Deutschland außerhalb der Ballungszentren. In ländlichen Räumen wird ein großer Teil der Wirtschaftsleistung erbracht. Die ländlichen Gebiete liefern Energie, Nahrung, Erholungsraum und erhalten die Kulturlandschaften.

Anrede

Ich wünsche mir und uns die Zukunft:

- mit Frieden in Freiheit
- mit Leben in Freiheit
- mit Wirtschaften in Freiheit

Die Freiheit kann allerdings auf längere Sicht nur erhalten werden, wenn es feste Regeln gibt.

Ich vergleiche das gerne mit der - für viele - schönsten Nebensache der Welt, dem Fußball: Man spielt nicht Fußball, ohne vorher ein Spielfeld abgesteckt und feste Regeln aufgestellt zu haben.

Anrede

Genau so eine feste Regel ist für mich die Soziale Marktwirtschaft. Heute berufen sich alle politischen Parteien außer der Linkspartei auf diesen Begriff als Leitbild der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Gerne wird dabei aber vergessen, worin sie ihre Wurzeln hat:

Denn die theoretische Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft bilden Vorstellungen, die in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts als Neoliberalismus entwickelt worden waren.

Der Begriff selbst wurde 1947 von Alfred Müller-Armack, später Staatssekretär unter Ludwig Erhard, in seinem Buch *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* erstmals schriftlich erwähnt. Er bezeichnete damit eine zukünftige Wirtschaftsordnung für das vom Krieg zerstörte Deutschland - als dritte Form neben rein liberaler Marktwirtschaft und sozialistischer Lenkungswirtschaft: „Es bedeutet dies, dass uns die Marktwirtschaft notwendig als das tragende Gerüst der künftigen Wirtschaftsordnung erscheint, nur dass dies eben keine sich selbst überlassene liberale Marktwirtschaft, sondern eine bewusst gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft sein soll.“

Anrede

Und der spätere „Mister Wirtschaftswunder“, Ludwig Erhard, der 1949 Mitglied des neoliberalen Elitezirkels Mont Pelerin Society wurde, hatte wie viele seiner Mitstreiter in den Vorkriegsjahren erkannt, dass der bis dato praktizierte Liberalismus versagt hatte, weil er zu viel Konzentration von Macht zugelassen hatte, die am Ende die Freiheit einschränkte.

Um sie vor der Anarchie - dem Recht des Stärkeren - zu bewahren, brauchte es einer „Verfassung der Freiheit“ mit klaren Spielregeln: eine verlässliche Rechtsordnung, privates Eigentum, Wettbewerb, freie Preisbildung und freier Handel. Diese Spielregeln sind von einem starken Staat zu sichern, der vor allem den Einfluss einzelner Gruppen zurückdrängen muss. Darüber hinaus aber soll sich der Staat nicht in das Leben der Bürger einmischen oder es gar bestimmen.

Anrede

Dies sind die Kernaussagen des heute so viel geschmähten Neoliberalismus, wie Romanus Otte in einem höchst lesenswerten Artikel in der „Welt“ ausführt. Ich denke, wir können sie alle unterschreiben. Ich denke auch, dass sie heute - 70 Jahre später – wieder eine enorme Bedeutung haben. Zwar geht es heute – noch - nicht um Extreme wie 1938. Dazu geht es uns dann doch noch zu gut.

Es geht – wie Otte schreibt - eher um die richtige Balance zwischen Staat und Bürgern, Freiheit und Ordnung. Es gilt aber erneut, die Freiheit zu verteidigen.

Anrede

Lassen Sie mich die eingangs gestellte Frage noch einmal aufnehmen: Wo stehen wir heute, wo wollen wir hin?

Nach Einschätzung des Grünen-Fraktions-Führungsduos Künast und Kuhn zum Jahreswechsel ist der Neoliberalismus krachend gescheitert. Die Finanzmarktkrise ist ein Marktversagen von globalen Ausmaßen, ebenso wie der Klimawandel. So zumindest äußern sich die beiden auf der Startseite der grünen Bundestagsfraktion im Internet.

Ich hingegen sage, meine Kollegen hätten den Jahreswechsel erst einmal dazu nutzen sollen, einen Grundkurs über Neoliberalismus und soziale Marktwirtschaft zu belegen!

Von einem schwindsüchtigen Staat, der das Primat der Politik über die Wirtschaft nicht mehr durchsetzen kann, kann in Deutschland wohl kaum die Rede sein. Da, wo die Staatsquote über 43 Prozent und die Abgabenquote über 40 Prozent liegt, wo teilweise über die Hälfte der Wähler von staatlichen Leistungen lebt, da kann man wohl schwerlich von einer marktradikalen Politik sprechen.

Im Gegenteil, vor 70 Jahren in Paris hätten die Neoliberalen einen Staatsanteil von 40 Prozent wohl für Sozialismus gehalten. Heute wäre er nur mit harten Einschnitten auf 40 Prozent zu drücken!

Anrede

Was dieses Jahr 2009 bringen wird, ist höchst ungewiss.

Gewiss ist allerdings eines: die Politik ist heute wieder mehr gefordert denn je. Sie ist es, die Korrekturen vornehmen kann und an gewissen Stellschrauben nachjustieren muss. Sie, die Politik, ist es aber auch, die vernünftige Rahmenbedingungen schaffen kann, um Freiheit zu ermöglichen!

Die Erfahrung zeigt, schreibt Otte, dass ein großer Staat nicht stark ist. Im Gegenteil: Es schwächt ihn, wenn er sich für alles zuständig erklärt, und mit jeder Wohltat neue Ansprüche schürt. So wie Ende der 1950er Jahre bei uns. Noch ganz benommen vom Wirtschaftswunder begann die Abkehr vom Neoliberalismus – hin zum Wohlfahrtsstaat. Dieser Weg folgte dem Trugbild, der Staat könne für Gerechtigkeit in jedem Einzelfall sorgen und sogar die Konjunktur steuern.

Das Ergebnis ist bekannt: eine Spirale aus steigenden Staatsausgaben, steigender Abgabenquote und steigenden Ansprüchen der Bürger an den Staat.

Anrede

Doch es geht uns Liberalen heute um mehr als nur ein effizientes und gerechtes Wirtschaftssystem. Es geht uns um das Menschenbild als solches. Auch hieran erinnert Romanus Otte in seinem Artikel.

Sind Menschen an sich frei, fähig, ihr eigenes Leben zu leben und sich aus Vernunft in einem Gemeinwesen zu organisieren? Oder ist der Mensch hilfsbedürftig und wird erst durch das Kollektiv, den Staat und dessen Fürsorge frei? Letztendlich stellt sich die Frage, ob der Einzelne für das Allgemeinwohl verantwortlich ist oder vielmehr der Staat für das Wohl der Einzelnen?

Hieran reibt sich die SPD nicht zuletzt bei der Bewertung der Agenda 2010 ebenso auf wie Bündnis 90/Die Grünen bei der Umwelt- und Verbraucherpolitik. Die Linke zumindest – und mit ihr auch Oskar Lafontaine – hat diese Frage für sich eindeutig beantwortet. Für sie gilt: „Freiheit durch Sozialismus“.

Auch wir Liberale haben diese Frage eindeutig beantwortet: Wir reduzieren den Menschen nicht auf ein unmündiges Wesen, das erst im Kollektiv frei sein kann – im Gegenteil, unser Leitbild ist der mündige Bürger, egal, ob bei Datenschutz oder blauem Dunst, bei Ampelkennzeichnung oder Altersvorsorge. Und dafür stehen meiner Überzeugung nach auch viele Menschen in unserer ländlichen Heimat!

Anrede

Vielleicht ist es ja nicht nur schlecht, dass uns die Krise im Superwahljahr trifft: Vielleicht entdecken die Bürgerinnen und Bürger den Wert der Politik wieder neu, auch den Wert von uns Politikerinnen und Politikern. Wir Liberale werden auf jeden Fall dafür kämpfen, dass unsere Politik zum Erfolg führt!

Nun zur Überleitung auf unsere heutige Begegnung noch ein Zitat des Dichters Friedrich Rückert: „Frage nicht, was das Geschick morgen will beschließen – unser ist der Augenblick, lasst uns den genießen!“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!